

Vizepräsident Eduard Oswald

(A) Ich rufe den Zusatzpunkt 5 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Thilo Hoppe, Cornelia Behm, Ute Koczy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Verantwortung für die entwicklungspolitische Dimension der EU-Fischereipolitik übernehmen**

– Drucksachen 17/9399, 17/9714 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Helmut Heiderich  
Dr. Sascha Raabe  
Harald Leibrecht  
Niema Movassat  
Thilo Hoppe

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist für die Fraktion der CDU/CSU unser Kollege Helmut Heiderich. Bitte schön, Kollege Helmut Heiderich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Helmut Heiderich (CDU/CSU):**

(B) Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag verweist zu Recht darauf, dass Ernährung nicht nur von der Bodenoberfläche, sondern auch aus dem Wasser kommend nachhaltig gesichert werden muss. Es wird häufig übersehen, dass die Menschen vor allem in Entwicklungsregionen, insbesondere auf der Südseite des Globus, elementar auf die Versorgung aus dem Meer angewiesen sind. Die Fischerei bildet somit einen zentralen Bestandteil der Ernährung der Bevölkerung in diesen Ländern. Aber auch in den Industriestaaten ist der Konsum von Fisch nicht nur sehr empfohlen, sondern unverzichtbar. Weltweit ist insofern seit Jahren ein steigender Fischkonsum zu verzeichnen. Die Folge ist, dass trotz aller Bemühungen immer noch mehr Fische gefangen werden, als nachwachsen können. Das heißt, die Fischbestände werden weiter dezimiert.

In Zahlen gesprochen reden wir davon, dass drei Viertel der heute genutzten Fischbestände bis an ihre Grenzen ausgebeutet oder bereits überfischt sind.

Die FAO hat nachgerechnet und geht davon aus, dass von den weltweiten Speisefischbeständen 52 Prozent bis an ihre Grenzen genutzt sind, 17 Prozent bereits überfischt sind und 7 Prozent bereits völlig erschöpft sind. Wir begrüßen deshalb, dass sowohl die Vereinten Nationen als auch die Europäische Union als auch die Bundesregierung seit Jahren neue Wege suchen, um die Überfischung zu begrenzen.

Die Forderung der Antragsteller, die Festlegung von Fangmengen auf der Basis von soliden wissenschaftli-

chen Empfehlungen und unter Einhaltung des Überschussprinzips zu regeln, ist allerdings schon längst ein wichtiger Bestandteil aller Verhandlungen. Dies ist – darüber sind wir uns einig – ein richtiger Weg. Dieser muss weiter fortgesetzt werden, um die Fischerei auf einer nachhaltigen Basis betreiben zu können. (C)

Die im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU erlassenen Bestimmungen, an welche dieser Antrag der Grünen anknüpft, zielen gleichzeitig auf die Erhaltung der Fangmengen, auf die Förderung einer wettbewerbsfähigen Fischwirtschaft innerhalb der EU und auf die Stabilisierung der Märkte für die Verbraucher.

Wenn man den umfangreichen und offensichtlich mit Fleiß gestalteten Antrag der Grünen liest, dann hat man allerdings den Eindruck, als wären sie die Ersten, die die Problematik der internationalen Fischerei verstanden haben. Der Antrag ist in vielen Teilen aber doch eine Wiederholung bereits formulierter Ziele und bisheriger Maßnahmen. Auf der anderen Seite – das macht es uns nicht möglich, dem Antrag zuzustimmen – stellt er einige falsche Behauptungen auf bzw. zieht er falsche Schlussfolgerungen.

Zum Beispiel ist die Behauptung der Antragsteller, die EU-Fangflotte fische vor der Küste Afrikas ohne substanziell überprüfbare Fangbeschränkungen, nicht akzeptabel. Die EU selbst stellt fest und verweist auf Nachfrage deutlich darauf, dass die EU-Fangflotte vor der Küste Afrikas verpflichtet ist, sich ausschließlich an die im Rahmen der EU-Abkommen festgelegten Fangmengen zu halten, welche wiederum – auch das steht im Antrag – durch wissenschaftliche Analyse in Höhe und Menge festgelegt und vorgegeben seien. (D)

Auch die Behauptung der Antragsteller, durch finanzielle Förderung aus den EU-Kassen werde das Fangpotenzial der Fischereifahrzeuge erhöht, trifft so nicht zu. Die Förderung der EU, so wird versichert, dient nur der Selektivität des Fangs, das heißt der Verringerung des Gesamtfangs, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Bord, der Hygiene, der Erhöhung der Produktqualität und der Energieeffizienz der Fangfahrzeuge. Das alles sind förderbare Maßnahmen, die sinnvoll sind und deswegen vom Antragsteller auch nicht kritisiert werden sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ebenso sind die Forderungen nach Menschenrechten und Demokratiestrukturen bereits in der Kommissionsmitteilung enthalten und werden auch in den Ratschlussfolgerungen entsprechend aufgeführt.

Wenn wir die Dinge noch einmal insgesamt betrachten, so stellen wir fest, dass wir den Teufelskreis von Überfischung und effizientem Wirtschaften nur durchbrechen können, wenn wir mit internationaler Kooperation entsprechende Beschlüsse fassen und Veränderungen herbeiführen. Hierzu haben die Vereinten Nationen seit 2003 jährliche Resolutionen über nachhaltige Fischerei verabschiedet, und sie setzen sich insbesondere gegen die schädlichen Wirkungen der sogenannten – dieses Wort ist besonders interessant – Grundschieppnetzfischerei ein.

**Helmut Heiderich**

- (A) Der Fischereiausschuss der Vereinten Nationen hat immer wieder fischereipolitische Empfehlungen an die Regierungen und an die NGOs gerichtet, um insbesondere dieser Thematik zu begegnen. Allerdings – das müssen wir konzedieren – sind innerhalb der Europäischen Union nach wie vor unterschiedliche Auffassungen der Mitgliedsländer erkennbar. Deswegen haben wir auch einige Probleme wegen der Geschwindigkeit der Veränderung und des Umfangs der zu treffenden Maßnahmen.

Ich will nur noch zwei oder drei kurze Bemerkungen machen. Von besonderer Bedeutung sind die Fischereiabkommen mit den Nicht-EU-Ländern und die Verhandlungen innerhalb internationaler Fischereiorganisationen, damit wir auch über den Einzugsbereich der EU hinaus zu solchen Abkommen gelangen, die in die Richtung wirken, wie sie von mir eben genannt worden ist und wie sie auch von den Antragstellern gefordert wird.

In dem Antrag der Grünen wird auch behauptet, die Hochseeflotte sei hoch subventioniert. Auch das trifft nicht zu. Insofern können wir den Antrag auch in diesem Punkt nicht unterstützen. Gleiches gilt für die Forderung, man solle eine zusätzliche Energiesteuer auf Schiffsdiesel einführen. Dies wäre eine Benachteiligung der gesamten Fischerei gegenüber anderen Wirtschaftszweigen. Es ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass diese Steuerbefreiung von Schiffsdiesel keine Regelung auf deutscher oder EU-Ebene ist, sondern dass das eine Regelung auf internationaler Ebene ist. Insofern wäre die EU-Fischerei benachteiligt, wenn man dem Antrag der Grünen folgen würde.

- (B) Dass immer noch zu viele Schiffe unter falscher Flagge segeln, sehen auch wir als ein Problem. An diesen Fällen muss weiter intensiv gearbeitet werden.

Letzter Punkt. Mit den Antragstellern stimmen wir darin überein, dass bei internationalen Verhandlungen wie jetzt bei Rio+20 die Auswirkungen der Überfischung auf die biologische Vielfalt des Meeres nicht nur diskutiert werden müssen, sondern dass man auch in diesen Bereichen endlich zu verbindlichen Richtlinien und Ergebnissen kommen muss.

Es gibt eine Reihe guter Ansätze bei den genannten Punkten. Es wäre zu überlegen, ob man zur Beförderung dieser Thematik nicht einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen auf den Weg bringen sollte. Der vorliegende Antrag ist wegen der von mir genannten Punkte für uns nicht zustimmungsfähig, und wir müssen ihn deswegen ablehnen.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Holger Ortel [SPD])

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Vielen Dank, Kollege Helmut Heiderich. – Nächster Redner in unserer Aussprache ist für die Fraktion der Sozialdemokraten unser Kollege Dr. Sascha Raabe. Bitte schön, Kollege Dr. Sascha Raabe.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Sascha Raabe (SPD):**

(C) Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Heiderich, Sie haben als Vorredner zum Schluss gesagt, dass wir hier einen gemeinsamen Antrag machen sollten. In Ihrer Rede haben Sie aber in einer unglaublichen Art und Weise die aktuellen Zustände schönegeredet und erklärt, im Antrag der Grünen sei doch alles überzogen und es sei doch alles nicht so schlimm. Dazu kann ich nur sagen: Machen Sie einmal die Augen auf! Schauen Sie sich einmal an, in welcher Armut die Fischer mittlerweile leben und wie wir den Menschen dort die Meere leer fischen, was zu leeren Tellern führt! Daher können wir mit Ihnen bestimmt keinen gemeinsamen Antrag machen, Herr Kollege Heiderich.

Ich sage an die Adresse der Kollegen von den Grünen: Dies ist ein guter Antrag, und er kommt zum rechten Zeitpunkt; denn die Reform der Fischereipolitik steht jetzt an. Diese Politik muss dringend verändert werden.

Wenn der Kollege Heiderich sagt, in dem Antrag der Grünen würde zum Beispiel nicht stimmen, dass die Fangflotten hoch subventioniert seien, und das sei alles nicht so, dann kann ich nur sagen: Herr Kollege von der CDU, wenn Sie der Opposition nicht glauben, dann führe ich einmal an, was der Europäische Rechnungshof zum Thema EU-Fischereipolitik sagt. Er kommt zu dem Schluss, dass die EU-Fischereipolitik – mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich – ihre Ziele komplett verfehlt habe. Die EU-Kommission stellt in ihrem Grünbuch dieser Politik eine Bankrotterklärung aus. Dort heißt es: Exzessive Subventionierung, ineffektive Kontrollen und unzureichender politischer Wille haben zu Überkapazitäten und einer dramatischen Überfischung geführt.

(Stefan Rebmann [SPD]: Hört! Hört!)

(D) In dem aktuellen Papier der Kommission heißt es: Wenn wir – wohlgermerkt: die EU-Kommission – jetzt nicht handeln, wird der Teufelskreis weitergehen, der zu dieser schlechten ökonomischen, sozialen und ökologischen Performance geführt hat. So sieht es die EU-Kommission. Das müsste doch auch die CDU/CSU zum Umdenken bewegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es ist höchste Zeit für so ein Umdenken. Die Veränderung der Fangquoten an die großen Flotten ist für afrikanische Fischer ein Riesenproblem. Ein einziger dieser sogenannten Megatrawler kann bis zu 200 000 Kilogramm Fisch pro Tag fischen. Dafür müssten 50 einheimische Fischer in ihren kleinen Booten mehr als ein Jahr unterwegs sein. Das zeigt die Dimensionen, um die es geht.

Wir haben die schlimmen Beispiele vor Augen. Natürlich ist die aktuelle Situation der Piraterie in Somalia nicht nur ein Problem leer gefischter Fischgründe; aber die Ursache liegt darin. Denn auch europäische Fangflotten haben dort die Meere leer gefischt, und dann haben die Fischer irgendwann gesagt: Wir wollen wenigstens eine Art Zoll dafür haben, wenn wir schon unsere

Dr. Sascha Raabe

- (A) Arbeit verlieren. Heute lebt die ganze Entführungsindustrie – die durch nichts zu rechtfertigen ist – auch davon, dass arbeitslose Fischer anders ihr Geld verdienen müssen.

Deswegen ist es Unsinn, wenn wir erst mit Steuergeldern die europäischen Fangflotten subventionieren und dann für viel Geld Militär dorthin schicken und das Leben unserer Soldaten riskieren. Wir müssen endlich zu fairen Bedingungen für die Fischer auf der ganzen Welt kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen nennen, weil der Kollege Heiderich so tat, als wären es keine hohen Subventionen. Allein Mauretanien erhält jährlich 86 Millionen Euro aus Brüssel. Das ist mehr, als dieses Land an Entwicklungshilfe erhält. Dabei gibt es oft das Problem, dass das Geld nicht der Bevölkerung zugutekommt, sondern in dunklen Kanälen versickert. Da stinkt oft der Fisch buchstäblich vom Kopf her. Deswegen brauchen wir dort verbesserte Transparenzmechanismen.

- (B) Es ist auch gut, dass sich die EU-Kommission jetzt auch für eine bessere Mittelverwendung in den Partnerländern einsetzt und der Antrag der Grünen das thematisiert. Denn wir dürfen nicht einfach dort mit Geld unser Gewissen freikaufen, nach dem Motto „Wenn wir der Regierung Geld geben, dann können wir hier alles leer fischen, und dann wird alles gut“. Nein, wir müssen an die Fischer statt an die Eliten denken. Wir sind es den Menschen vor Ort schuldig, zu handeln, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Mit der Veräußerung der Fischereirechte geht in der Regel auch ein Niedergang der fischverarbeitenden Industrie an Land einher. Denn der Fisch wird auf den Fangschiffen selbst verarbeitet. Dann findet vor Ort keine Wertschöpfung statt. Selbst wenn die europäischen Reedereien immer wieder behaupten, ein großer Teil der Fische würde dort wieder verkauft werden, muss man auch sehen, dass der Fisch, den die Megatrawler abfischen, zu Dumpingpreisen auf die lokalen Märkte kommt und der Kleinfischer, der noch irgendwo ein paar Fische findet, diese nicht mehr zu auskömmlichen Preisen loswird, sodass wir hier doppelt schädigend wirken.

Deswegen ist es auch gut, dass in dem Antrag die Wertschöpfung an Land betont wird. Das sollten wir alle unterstützen, statt eine solche Schönfärberei wie die CDU/CSU zu betreiben.

Wir haben die Hoffnung, dass die EU-Kommission bei der Reform der Abkommen in stärkerem Maße Menschenrechtsklauseln verankern will und dass durch eine Ausschließlichkeitsklausel geregelt wird, dass die EU-Schiffe nicht außerhalb der Abkommen, die sie mit den Ländern haben, noch in anderen Gewässern fischen.

Wir wollen auch, dass der Fischereisektor in den Partnerländern von den Entwicklungsgeldern entkoppelt

wird, sodass nicht gesagt werden kann: Wir zahlen euch Geld für die Fischereirechte, und wenn ihr uns die nicht einräumt, dann kriegt ihr keine Entwicklungsgelder. (C)

Das sind alles sehr wichtige Maßnahmen. Wenn man berücksichtigt, dass die Europäische Union dafür zuständig ist, dann ist es gut, dass wir heute als Entwicklungspolitikerinnen und -politiker darüber reden. Denn das ist Kohärenz. Wir müssen uns einmischen, auch in die Handelspolitik, die Landwirtschaftspolitik und die Fischereipolitik.

Das ist der größte Vorwurf, den ich auch dem Ministerium mache. Wir haben es neulich im Ausschuss bei der FDP erlebt: Als es um die Frage des öffentlichen Beschaffungswesens ging, hat der Kollege von der FDP im Ausschuss gesagt: Das Thema hat uns nicht zu interessieren. Dafür ist der Wirtschaftsausschuss zuständig. So geht es eben nicht. Ich erwarte von unserem Entwicklungsminister, dass er sich in Fragen des Welthandels einmischt. Wo ist die Stimme des Entwicklungsministers zum Beispiel bei dem neuen Fischereiabkommen? Im Rahmen der Kohärenz muss man auch mit den Kollegen im Kabinett reden, die für die Ressorts Wirtschaft, Handel, Fischerei und Landwirtschaft zuständig sind. Das kann der Kollege Niebel aber nicht machen, weil er so gut wie nie bei den Kabinettsitzungen anwesend ist. Wir haben in einer der letzten Fragestunden danach gefragt, wie oft der Minister im Kabinett einen Tagesordnungspunkt aufgesetzt hat. Wissen Sie, wie oft Minister Niebel laut Statistik einen Tagesordnungspunkt im Kabinett in den ganzen Jahren aufgesetzt hat? Kein einziges Mal! Der Außenminister Westerwelle hat bisher 41 Tagesordnungspunkte aufgesetzt, Minister Niebel nie! Minister Niebel ist Minister „Nie da“. (D)

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Er kümmert sich vor Ort! Er hat zu tun! Er ist in der Welt! Was glauben Sie denn?)

Auch im Parlament ist er so gut wie nie anwesend. Seine Staatssekretärin ist zurzeit auch nicht anwesend. Er nimmt auch so gut wie nie an den Kabinettsitzungen teil, setzt nie einen Tagesordnungspunkt auf und kümmert sich nicht um die Fragen der globalen Strukturpolitik, sondern rennt im Prinzip nur herum, um Außenwirtschaftsförderung zu betreiben.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Sie haben doch gerade Ihren Prozess verloren! Das reicht doch!)

Er sollte sich lieber um gerechte Wirtschafts- und Handelsbedingungen kümmern und nicht nur um Außenwirtschaftsförderung. Er sollte vor allem einmal da sein, zuhören und am Kabinettschisch für die ärmsten Menschen streiten und nicht nur für die Interessen deutscher Unternehmen oder deutscher Reedereien.

In diesem Sinne werden wir dem Antrag der Grünen zustimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: So ein einfältiges Geschwätz!)

**(A) Vizepräsident Eduard Oswald:**

Vielen Dank, Kollege Dr. Sascha Raabe. – Nächste Rednerin für die Fraktion der FPD ist unsere Kollegin Dr. Christel Happach-Kasan. Bitte schön, Frau Kollegin Dr. Happach-Kasan.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist offensichtlich: Wenn man von Fischereipolitik keine Ahnung hat, dann reibt man sich an Herrn Minister Niebel auf. Das ist meines Erachtens ein billiges Spiel.

(Zurufe von der SPD: Oh! Oh!)

Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, welch einen guten Job Minister Niebel macht, insbesondere wenn es um die Ernährungssicherung geht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Schauen Sie sich doch einmal an, was er für die ländlichen Räume geleistet hat! Er hat die dort getätigten Investitionen auf 10 Millionen Euro angehoben und damit verdreifacht. Er macht einen guten Job, und das hilft den Menschen sehr viel mehr, als wenn er hier sitzen und beispielsweise Ihrer Rede zuhören würde, die erkennbar an der Sache vorbeigegangen ist; denn es geht um die Ernährungssicherung in wenig entwickelten Ländern.

Wir brauchen uns gar nicht so viel zu streiten. Wir sind doch einer Meinung, dass die EU-Fischereipolitik ihr Ziel verfehlt hat. Deswegen wird sie novelliert; das ist richtig. Ich bezweifle allerdings sehr, dass der Rechnungshof der EU aus eigener Kraft wirklich in der Lage ist, zu beurteilen, in welchen Gewässern eine Überfischung vorliegt und in welchen nicht. Ich glaube, das kann der Rechnungshof nicht beurteilen.

**(B)**

(Beifall des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP] – Dr. Sascha Raabe [SPD]: Den schaffen wir ab!)

Er hat sich schlicht und ergreifend auf das berufen, was er irgendwo einmal gelesen hat. Damit kommen wir nicht weiter.

Offensichtlich wissen Sie auch nicht, dass es zumindest unter den fischereipolitischen Sprechern eine gemeinsame Basis für die Reform der Fischereipolitik gibt. Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass Ihre Kollegin Frau Rodust aus Schleswig-Holstein, meine ehemalige Landtagskollegin, bei der Erarbeitung des Vorschlags der Kommission einen ausgesprochen guten Job macht. Warum spucken Sie ihr in die Suppe? Was ist das denn für eine Solidarität unter Sozialdemokraten? Das ist doch Murks.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wissen, dass die Europäische Union als weltgrößter Importeur von Fischereierzeugnissen eine besondere Verantwortung für die nachhaltige Nutzung eigener wie drittstaatlicher Meeresressourcen hat; darin sind wir uns einig. Wir wissen aber auch, dass die Europäische Union

nicht in der Lage ist, den Bedarf aus eigenen Gewässern zu decken. Wir importieren, gemessen am Wert, etwa 24 Prozent der weltweit produzierten Fischerzeugnisse. Bislang wurde nicht erwähnt, dass das auch Produkte aus der Aquakultur einschließt. Von der marinen Fischproduktion in Höhe von knapp 150 Millionen Tonnen stammen allein 20 Prozent aus der Aquakultur. Jegliche Steigerung der Produktion geht auf die Aquakultur zurück. Die EU hat mit 15 Drittstaaten sogenannte partnerschaftliche Fischereiabkommen geschlossen, um von diesen Staaten ungenutzte Fischbestände außerhalb der europäischen Gewässer bewirtschaften zu können. Die Vergütung erfolgt ausdrücklich mit dem Hinweis, dass die Mittel von den Ländern zur Entwicklung der eigenen regionalen Fischereiorganisationen und Küstengebieten genutzt werden sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Die EU ist sich also ihrer Verantwortung sehr wohl bewusst.

Die Europäische Kommission hat in ihrer Mitteilung über die externe Dimension der Gemeinsamen Fischereipolitik aus dem letzten Jahr bereits dargelegt, dass sie sich noch stärker für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der Fischbestände einsetzen will. Die Kommission hat eine Reihe von Themen genannt, die im Rahmen der zukünftigen GFP angemessen behandelt werden müssen. Das allgemeine Menschenrecht auf Nahrung muss in der europäischen Fischereipolitik ein wichtiger Schwerpunkt sein und verstärkt beachtet werden. Darin sind wir uns alle einig.

**(D)**

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Aber ich muss Ihnen auch sagen: Die Darstellung der weltweiten Situation ist im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen trotz einiger richtiger Passagen insgesamt nicht gelungen. Ich sagte schon: Das Thema Aquakultur hat eine steigende Bedeutung. Es kommt im Antrag gar nicht vor.

Dass in diesem Antrag ein direkter Zusammenhang zwischen europäischen Fischern und der Piraterie am Horn von Afrika hergestellt wird, ja europäischen Fischern Zusammenarbeit mit mafiosen Strukturen nachgesagt wird, entbehrt jeglicher Realität. Für die illegale Fischerei in dieser Region waren nicht europäische Fischfangunternehmen verantwortlich. Beschäftigen Sie sich doch bitte einmal damit, was beispielsweise Taiwan und China in dieser Region machen.

(Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das macht es nicht besser!)

Beschäftigen Sie sich mit deren Methoden. Dann wissen Sie, was dort wirklich los ist. Die Diffamierung europäischer Fischereibetriebe ist weder zielführend noch richtig. Der somalischen Bevölkerung kann nur durch den Aufbau einer handlungsfähigen Regierung und sicherer Lebensverhältnisse geholfen werden und nicht durch die EU-Fischereipolitik. Aus diesem Grund hat die deutsche Bundesregierung bei der Londoner Somalia-Konferenz im Februar 2012 weitere 6 Millionen Euro für den Wie-

**Dr. Christel Happach-Kasan**

- (A) deraufbau des Landes zugesagt. Das ist eine Politik, die den Menschen in Somalia tatsächlich hilft.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die illegale Fischerei vor Somalia macht vielmehr zwei grundlegende Probleme deutlich. Diese hängen mit einer übertrieben regulierten und bevormundenden Fischereipolitik gegenüber weniger entwickelten Drittstaaten zusammen. Erstens führen überzogene Ansprüche von unserer Seite dazu, dass die entsprechenden Staaten Verträge über die Nutzung ihrer Ressourcen lieber mit Staaten abschließen, die mehr Geld und weniger Skrupel haben. Damit bremsen wir genau die Politik der Europäischen Kommission aus, dass die Entgelte für die Nutzung von Fischereigewässern auch für den Aufbau der eigenen Fischereiorganisation und für die Unterstützung der eigenen Bevölkerung genutzt werden. Das führt dazu, dass wir den Chinesen das Feld überlassen. Ich halte das für keine gute Sache.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen zweitens feststellen, dass diese Konkurrenz um so größer ist, je schwächer die Good Governance in der jeweiligen Region ist. Wir alle wissen aus allen entwicklungspolitischen Diskussionen, dass gute Regierungsführung der Schlüssel dafür ist, dass in diesen Ländern tatsächlich für die einheimische Bevölkerung mehr bewirkt wird, als es im Augenblick der Fall ist. Deswegen müssen wir darauf setzen. Wir sollten nicht glauben, dass wir mit der Gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Union die Ernährungsprobleme dieser Erde lösen können. Das können wir tatsächlich nicht.

- (B) Aus entwicklungs- und fischereipolitischer Perspektive werden durchaus einige sinnvolle Forderungen gestellt. Aber von diesen sind in den Vorschlägen der Kommission zur Reform der GFP bereits sehr viele Forderungen enthalten. Wir werden in unserem gemeinsamen Antrag alle die sinnvollen Forderungen aufnehmen, die zum Ziel führen und die das Instrument der Gemeinsamen Fischereipolitik nicht überfordern; denn wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass wir mit dem Instrument der Gemeinsamen Fischereipolitik nicht alle Probleme dieser Erde lösen können.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Happach-Kasan. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion Die Linke unsere Kollegin Frau Dr. Kirsten Tackmann. Bitte schön, Frau Kollegin Dr. Kirsten Tackmann.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Die EU-Hochseefischerei hat wirklich eine große Bedeutung. Nur etwa 30 Prozent der in der EU verkauften Fische werden tatsächlich auch in EU-Ge-

wässern gefischt. 70 Prozent werden importiert. Die Hälfte dieser Importe stammt aus Fischgründen in Afrika, in der Karibik oder im Pazifik. Deshalb hat die EU eine große Verantwortung für die globalen Fischbestände genauso wie für die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort.

(Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr richtig!)

Die Fangerlaubnis wird von Verträgen bestimmt, die zwischen der EU und den Ländern abgeschlossen werden, in denen die Fischgründe liegen. Es gibt in den partnerschaftlichen Fischereiabkommen einen Kerngedanken: Von der gesamten Fangmenge dürfen die EU-Schiffe nur die Menge Fisch fangen, die die betreffenden Staaten selbst nicht verbrauchen. Das Problem aber ist, dass die Gesamtmenge und auch der Überschuss nicht verifizierbar sind, dass die Daten nicht vorliegen oder nicht berücksichtigt werden. Die Folge ist logischerweise eine Überfischung.

Nach Schätzung der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, FAO, gilt zum Beispiel für fast alle kommerziell genutzten Fischbestände in den Gewässern vor der westafrikanischen Küste diese Überfischung. Die Verlierer dieser Überfischung sind zuallererst die regionale Fischerei und die Bevölkerung vor Ort. Sie bezahlen den Raubbau der reichen Länder mit noch mehr Armut. Das hat wiederum für uns Folgen.

Deswegen finde ich es gut, dass im Antrag der Grünen auch Bezug darauf genommen wird, dass die Piraterie natürlich etwas mit sinkenden Fischerträgen der lokalen Fischerei zu tun hat.

Die Linke ist lange gescholten und attackiert worden, wenn sie darauf verwiesen hat. Dabei haben wir nie behauptet, dass die Überfischung allein oder gar zwangsläufig zur Armut führt. Aber sie trägt natürlich dazu bei. Sagen wir es doch einmal deutlich: Wenn die EU vor Afrika so viel Fisch fängt, dass die afrikanischen Fischerinnen und Fischer nicht mehr vom Fischfang leben können, dann haben wir etwas damit zu tun, dass sie in Armut leben; dann tragen wir dafür eine Mitverantwortung.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sind Militäreinsätze wie Atalanta eben keine Lösung der Probleme, sondern verschärfen sie weiter. Daher sollten wir das Geld nicht für Militäreinsätze verwenden, sondern es nehmen, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern, und zwar wirklich spürbar.

Ein weiterer Beitrag wäre es, wenigstens die Fischereiabkommen fair zu gestalten. Aus Sicht der Linken müssten dazu folgende Kriterien erfüllt werden:

Erstens. Die EU-Fischerei darf nur die real existierenden Überschüsse abfischen.

Zweitens. Die Verarbeitung der Fänge muss wenigstens zum Teil vor Ort passieren, damit dort auch Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden.

**Dr. Kirsten Tackmann**

- (A) Drittens. Die Abkommen müssen den Auf- und Ausbau der regionalen Fischerei und der küstennahen Fischereiwirtschaft unterstützen.

Viertens. Die finanzielle Nutzung der Fangrechte muss den Küstenregionen zugutekommen und darf nicht in Staatskassen oder in Taschen der Eliten versinken.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Da sind wir uns doch einig!)

Fünftens. Die Abkommen müssen – das ist wichtig – menschenrechtlich und völkerrechtlich unbedenklich sein. Deswegen kommen aus unserer Sicht Fischereiabkommen mit Marokko zu westsahraischen Fanggründen nicht infrage, weil die Westsahara widerrechtlich von Marokko besetzt ist.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Antrag der Grünen finden sich auch weitere fischereipolitische Vorschläge, die uns wichtig sind:

Erstens. Die entwicklungspolitische Unterstützung von Staaten darf selbstverständlich nicht an Bedingungen hinsichtlich der Abschließung von Abkommen mit der EU geknüpft sein.

Zweitens. Die maritimen Wissenschaften müssen dringend unterstützt werden. Selbst die EU erklärt, sie habe zu wenig Daten, um einschätzen zu können, wie viel Fisch überhaupt vorhanden ist.

- (B) Drittens. Die Abkommen mit Dritten sehen wir ebenfalls sehr kritisch. Es kann natürlich nicht sein, dass im gleichen Fischgrund sowohl von der EU als auch zum Beispiel von koreanischen Booten gefischt wird, die entsprechende Fischmenge in den Verträgen aber nicht berücksichtigt wird.

Viertens. Die EU-Fangflotte nutzt die Fischereiabkommen, die zum großen Teil mit Steuergeldern finanziert sind. Wir sind der Meinung, dass das zukünftig aufhören muss. Die EU-Fangflotte muss an der Finanzierung der Abkommen beteiligt werden. Ich denke, dass man dann auf einem richtigen Weg ist.

Wir werden selbstverständlich dem Antrag der Grünen zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Tackmann. – Nächster Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist unser Kollege Thilo Hoppe. Bitte schön, Kollege Thilo Hoppe.

**Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mehr als 1 Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern ist Fisch eine lebenswichtige Proteinquelle, auf die sie täglich angewiesen sind; für uns ist er nur eine gesunde Nahrungsergänzung. Schon heute bestreiten welt-

weit 500 Millionen Menschen ihren Lebensunterhalt direkt oder indirekt von den Einnahmen aus dem Fischereisektor. (C)

Vor diesem Hintergrund sollte es eigentlich das Hauptanliegen der EU sein, den Aufbau einer nachhaltigen Fischerei in den Entwicklungsländern zu unterstützen und zu fördern, da hier auch ein erhebliches Potenzial liegt, um die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen.

Umso grotesker ist es, dass europäische Fangflotten bereits seit Jahrzehnten die Fischgründe vor den Küsten Afrikas und im Pazifik ausplündern und dabei nach wie vor mit Steuergeldern kräftig unterstützt werden. Ich kann die Zahlen auch konkret nennen – sie sind recherchiert –: 120 Millionen Euro pro Jahr zahlt die EU allein für den Zugang zu den Fischgründen von Entwicklungsländern. Die davon profitierenden Reeder werden nur mit 10 Prozent daran beteiligt. Darüber hinaus profitieren die Reeder – wie alle; das stimmt – von der Steuerbefreiung für Schiffsdiesel.

(Hans-Michael Goldman [FDP]: Wie war das denn unter eurer Regierung?)

Wie absurd und zerstörerisch die EU-Subventionspolitik ist, zeigt sich daran, dass der größte Teil der vor Afrika gefangenen Fischmenge zwar in Europa verarbeitet wird, aber dann wieder zu Schleuderpreisen – EU-Subventionen machen es möglich – auf den afrikanischen Markt zurückgeht. Im Klartext: EU-Steuerzahler tragen 90 Prozent der Kosten dafür, dass europäische Privatunternehmen zur Überfischung der afrikanischen Gewässer beitragen. Den afrikanischen Kleinfischern wird der Fisch vor der Nase weggefischt. Sie können auch die wenigen Reste aufgrund der Dumpingkonkurrenz kaum noch verkaufen. (D)

Jetzt haben wir über die EU-Fischereiverträge gesprochen. Ich selber habe an einer Konferenz in Accra teilgenommen. Dort hat der damalige Bundespräsident Horst Köhler einige dieser Verträge öffentlich als Schandverträge gegeißelt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen anerkennen, dass jetzt ein etwas neuer Wind in der EU weht. Zum ersten Mal hat die EU jetzt zugegeben, dass ihre bisherige Fischereipolitik zu schweren ökologischen und sozialen Verwerfungen beiträgt. Es liegen in der Tat Vorschläge auf dem Tisch, die erst einmal in die richtige Richtung weisen. Trotzdem fehlt eine ganze Menge, und das ist in der Diskussion zu kurz gekommen.

Das Problem liegt darin, dass nur ein Teil der europäischen Fangschiffe im Rahmen dieser Fischereiverträge unterwegs ist. Viele Unternehmen haben längst private Verträge mit einigen Küstenländern abgeschlossen und werden nicht erfasst. Wiederum andere Schiffe sind unter fremden Flaggen unterwegs. Notwendig ist also im Prinzip nicht nur, dass die Fischereiverträge in Richtung mehr Sozialverträglichkeit und Nachhaltigkeit refor-

**Thilo Hoppe**

- (A) miert werden, sondern auch – das fordern wir mit diesem Antrag –, dass die EU ernsthafte Anstrengungen unternimmt, alles zu kontrollieren, wo Europa mit im Spiel ist; denn nur mit neueren und besseren Fischereiverträgen ist nicht viel erreicht.

Wir freuen uns, dass alle drei Oppositionsfraktionen diesem eigentlich sehr sachlich begründeten und differenzierten Antrag zustimmen. Ich habe in einigen Wortbeiträgen der Koalition durchaus Verständnis gehört. Ein Einvernehmen ist auch notwendig; denn momentan macht die Lobby noch kräftig Druck und versucht, die relativ guten Vorschläge der EU-Kommission zu verwässern. Daher wünsche ich mir von der Bundesregierung, dass sie diesem Druck der Lobby nicht nachgibt,

(Beifall des Abg. Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sondern eher die guten Vorschläge der EU unterstützt. Je stärker im allgemeinen fraktionsübergreifenden Antrag zur Fischereipolitik die entwicklungspolitische Dimension betont wird – dazu fordere ich Sie auf, liebe Kolleginnen und Kollegen –, desto besser; dann können wir vielleicht doch noch ein gutes Signal aus dem Parlament senden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

- (B) Vielen Dank, Kollege Thilo Hoppe. – Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Verantwortung für die entwicklungspolitische Dimension der EU-Fischereipolitik übernehmen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/9714, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/9399 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Gegenprobe! – Das sind die drei Oppositionsfraktionen. Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 a und b auf:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Florian Hahn, Albert Rupprecht (Weiden), Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Lutz Knopek, Dr. Peter Röhlinger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Aktionsplan Nanotechnologie 2015 gezielt weiterentwickeln**

– Drucksachen 17/7184, 17/9771 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Florian Hahn  
René Röspel  
Dr. Martin Neumann (Lausitz)  
Dr. Petra Sitte  
Krista Sager

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Karin Binder, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Wirksamen Verbraucherschutz bei Nanostoffen durchsetzen**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Maisch, Birgitt Bender, Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Einsatz von Nanosilber in verbrauchernahen Produkten zum Schutz von Mensch und Umwelt stoppen**

– Drucksachen 17/5917, 17/3689, 17/8821 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Mechthild Heil  
Rita Schwarzelühr-Sutter  
Dr. Erik Schweickert  
Karin Binder  
Nicole Maisch

(D) Wie in der Tagesordnung ausgewiesen, werden die **Reden zu Protokoll** genommen. Die Namen der Kolleginnen und Kollegen liegen mir vor. Ich verzichte darauf, sie im Einzelnen vorzulesen.

**Florian Hahn (CDU/CSU):**

*Vor dem Hintergrund unserer globalen Herausforderungen bietet die Nanotechnologie als Schlüsseltechnologie viele neue Chancen in den Bereichen Klima, Energie, Gesundheit, Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation. Die Nanotechnologie hat unseren Alltag revolutioniert. Durch die speziellen Eigenschaften der Nanostrukturen ergeben sich neue funktionelle Eigenschaften für Industrie, Kosmetika, neue Diagnostika und Therapeutika. Nanotechnologie ermöglicht die Schaffung von neuen Werkstoffen für effiziente Energiespeicherung, neue innovative Speichersysteme, Klima- und Naturschutz. Auch im Bereich Medizin bietet Nanotechnologie neue Chancen. So können besser auf den Patienten zugeschnittene Implantate und Prothesen entwickelt werden, die eine bessere Funktionalität und Verträglichkeit aufweisen.*

*Die Bundesregierung begleitet diese wichtigen technologischen Entwicklungen durch die gezielte Förderung von Studien, Verbraucherbefragungen und Dialogaktivitäten zwischen den gesellschaftlichen Gruppen. Wichtig ist dabei, eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu erzielen. Dafür muss sie mit sachgerechten Informationen versorgt werden. Der Dialog mit den Bür-*